



Warnung vor Irreführung

Es treten immer mehr Bewegungen auf, die ihr Programm vorstellen, sich von der BRD abzukoppeln: Rechtslehrgänge, Informationsdienste, Reichsregierungen, Könige, Selbstverwaltungen, Provinzen und vieles mehr.

Ich werde oft gefragt, warum ich mich nicht hier oder dort anschließe. Die Gründe im wesentlichen sind:

Näher betrachtet, sind die meisten Strategien von der inhaltlichen Konzeption her aus rechtlicher und sachlicher Sicht nicht vertretbar. Ob der jeweilige Hintergrund lediglich mangelnde Sach- und Rechtskenntnis ist oder absichtliche Irreführung, kann vorerst dahingestellt bleiben.

Es sei jedenfalls von Bewegungen abgeraten, die insbesondere mindestens einen der folgenden inhaltlichen Bestandteile haben:

- „Legitimierung“ durch oder Berufen auf **Vorschriften der Alliierten Kriegssieger** (z.B. „SHAEF“).
- „Legitimierung“ durch oder Berufen auf **UNO-Resolutionen** (→Anerkennen der „Neuen Weltordnung“).¹
- Berufung auf **EU-Vorschriften** (Gibt ein Anerkennen der „Neuen Weltordnung“ zu verstehen).¹
- Sichunterstellen „zum Schutz“ unter die **Gerichtbarkeit einer anderen Nation** (z.B. Rußland).
- Reformen „innerhalb des Systems“.
- Berufung auf die „**Weimarer Verfassung**“ Stand 1919 (Federführung durch Sieger des 1. Weltkriegs).
- Berufung auf die „**Verfassung**“ der **DDR** (Die DDR war eine Fremdherrschaft der sowjet. Kriegssieger)
- Aufspaltung des Deutschen Reichs in „2. Reich“ und „3. Reich“, Anknüpfung am „**2. Deutschen Reich**“ (Rechtlich gesehen gibt es nur ein Deutsches Reich. Es ist seit 8. Mai 1945 mangels Organisation handlungsunfähig, aber nach wie vor rechtsfähig. Rechtsgültiger Stand: 7. Mai 1945).
- Eintreten für „**Entnazifizierung**“.
- Distanzierung von sog. „Extremisten“, „Holocaustleugnern“, „Nationalisten“ oder „Antisemiten“.
- Behauptung, Adolf Hitler habe das deutsche Volk verraten.

¹ Durch Berufung auf UN-Resolutionen (z.B. im Rahmen einer Selbstverwaltung), auf Menschenrechte, oder Erhebung von Klagen oder Beschwerden an EU- und UNO-Institutionen gibt man – bewußt oder unbewußt – zu verstehen, sich der „Neuen Weltordnung“ bzw. geplanten „Eine-Welt“-Regierung zu unterstellen. Es wird der Eindruck erweckt, als hätten sie eine Legitimation. (Strafprozesse vor BRD- oder BRÖ-Gerichten werden den Angeklagten aufgezwungen und es spricht nichts dagegen, in diesem Rahmen die betreffenden Sachverhalte und Argumente im Instanzenzug des Nationalgebiets zu den Akten zu geben.) Das Deutsche Reich wird von der UN-Charta als Feindstaat aufgeführt. Informelle Mitteilungen, dies sei „obsolet“ (überholt), sind ohne Bedeutung. **UNO und EU** sind von denselben Kräften gegründet und geleitet wie die BRD, mit dem nachlässig verschleierte Ziel, die Nationen – d.h. die Völker – abzuschaffen („**One People**“-Vereinigungen gehören zu dieser Strategie). Es ist – schon nach ihren erklärten Grundsätzen – nicht zu erwarten, daß Klagen und Beschwerden mit nationalem Hintergrund bzw. im Interesse nationaler Unabhängigkeit Recht bekommen. Denn nationale Interessen oder Standpunkte werden grundsätzlich als „Diskriminierung“ eingestuft und verworfen. Dafür gelten UN-Menschenrechte nicht. Nur internationale bzw. anti-nationale Interessen scheinen zu zählen. (Wie ernst ist im Babylonischen Talmud gemeint, „Juden werden Menschen genannt, Nichtjuden aber werden nicht Menschen, sondern Vieh genannt“? Baba bathra, Fol. 114 b, vgl. Jebamoth 61 a, Kerithot 6b, 7a)

Das Bestreiten oder Infragestellen des sog. „**Holocaust**“ wird entsprechend eingestuft. Daran ändert auch die Menschenrechtskonvention vom Juli 2011 nichts. Dort heißt es zwar, daß ein allgemeines Verbot von „Meinungsäußerungen über historische Tatsachen“ gegen Menschenrechte verstößt. § 130 StGB-BRD ist aber – wie das Bundesverfassungsgericht der BRD (am 4. Nov. 2009, 1 BvR 2150/08) zugegeben hat – eine (als solche grundgesetzwidrige) Sonderregelung, die nur bezüglich „nationalsozialistischer Verbrechen“ „ausnahmsweise zulässig“ sei. Mehrfache Akrobatik - ein klarer Fall von Willkür. Eine Düsseldorfer Anklagevertreterin erklärte diese Menschenrechtskonvention im Prozeß gegen einen „Holocaustleugner“ für nicht anwendbar. Aber sie beschwichtigt die Gemüter wieder für eine Weile. (Der Zweck ist erfüllt.) Und „Holocaustleugner“ werden weiterhin strafverfolgt – obwohl der „Holocaust“ nicht verbindlich definiert ist – wobei weiterhin rigides Beweis- und Verteidigungsverbot herrscht.

- Behauptung, die BRD würde „das Dritte Reich weiterführen“ (Die BRD ist das Konzept der Kriegssieger).²
- Behauptung, die BRD sei „das Vierte Reich“.
- Behauptung, die BRD sei eine nach Völkerrecht rechtmäßige Kriegslist.³
- Behauptung, die Europäische Union (EU) sei von „Nazis“ gegründet worden (Untauglicher Versuch, Verantwortung und Schuld an der Misere von den tatsächlichen Urhebern abzuwälzen).
- Behauptung, es seien „**BRD-Nazis**“, die den EU-Ländern die finanziellen Bedingungen diktieren oder von den EU-Finanztransaktionen profitieren (Nationalsozialisten sind das mit Sicherheit nicht. Seit 1945 findet eine brutale „Entnazifizierung“ statt. Nationalsozialisten werden in der BRD – wie in der BRÖ – rechtlos gestellt, unterdrückt, rigoros verfolgt und existenziell ruiniert).
- Versprechen von mehr, besserer oder echter „Demokratie“ (Demokratie wird sehr geschätzt von Machthabern, die nicht offen in Erscheinung treten wollen).⁴
- Behauptung, das „Dritte Reich“ sei eine Fremdherrschaft gewesen (Die nationalsozialistische Regierung unter Adolf Hitler war rechtmäßig gewählt und wurde bis 1945 und darüber hinaus von der Mehrheit des Deutschen Volkes befürwortet).⁵
- Behauptung, der Nationalsozialismus sei jüdischen Ursprungs.
- Behauptung, Adolf Hitler habe im Auftrag des Judentums regiert. (Deswegen wird er noch heute tagtäglich vehement mit allen Mitteln bekämpft? Deswegen machen die BRD- und BRÖ-Regierungen grundsätzlich das Gegenteil von dem, was er gemacht hat? Deswegen wurden nach 1945 privatisierte Währungsbank, Zinswirtschaft und betäubungsloses Schächten u.v.a. wieder eingeführt?)

Kurz: Es sei vor allen Bestrebungen, Standpunkten und Irreführungen gewarnt, die den Interessen der Gegner des Deutschen Volkes (und der Gegner aller Nationen) dienen und letztlich in die Arme der „Neuen Weltordnung“ führen.

Es sei auch gewarnt vor der sog. „**Personenstandserklärung**“ im Sinne von „sich zur natürlichen Person zu erklären“. Eine solche Erklärung ist überflüssig (Jeder Mensch ist von Geburt an eine natürliche Person, auch in der BRD), zwecklos (Sie ändert nichts an der Vereinnahmung durch die BRD), kontraproduktiv

2 Die **BRD** ist weder Rechtsnachfolger des Deutschen Reichs, noch mit ihm identisch. **Prof. jur. Carlo Schmid sagte am 8.9.1948 in seiner Rede im Parlamentarischen Rat – bei der Verabschiedung des Grundgesetzes – über die von den Kriegssiegern neugebildete Organisation Deutschlands, daß es sich um eine „Organisationsform einer Modalität der Fremdherrschaft“ handele, daß es sich bei dem Grundgesetz mangels Souveränität des deutschen Volkes nicht um eine Verfassung handele, daß das zu bildende System aus demselben Grund kein Staat sei.**

(„Der Parlamentarische Rat 1948-1949, Akten und Protokolle“, Band 9, herausgegeben vom Deutschen Bundestag und vom Bundesarchiv, Harald Boldt Verlag im R. Oldenbourg Verlag, München 1996, Seite 20 ff.)

Wodurch hätte sich das seither geändert? Seit 1945 werden die von den Kriegssiegern nicht gewünschten Parteien verboten (keine „freien Wahlen“) und die Posten in Parteien, Behörden, Institutionen, Gerichten, Wirtschaftskonzernen und Medien entsprechend besetzt. Es ist nicht ersichtlich, daß sich durch die „2+4-Verträge“ 1990 daran etwas geändert hätte. »Wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen« (so der ehemalige BRD-Innenminister Wolfgang Schäuble auf dem European Banking Congress in Frankfurt am Main am 18. Nov. 2011). Es gibt keine „Teilsouveränität“. Souveränität (Unabhängigkeit, Herrschaftsgewalt im eigenen Gebiet) besteht oder besteht nicht. Wer für die Interessen des deutschen Volkes eintritt, wird in BRD und BRÖ (in der Schweiz ebenfalls) als „Extremist“ bezeichnet, rechtlos gestellt, rigoros verfolgt und existenziell ruiniert. Wer wäre legitimiert gewesen, die Gesetze des Deutschen Reichs rechtlich wirksam abzuschaffen?

3 »Die Absetzung der Regierung des Feindstaates oder die Einsetzung einer neuen Regierung für das besetzte Gebiet (häufig Puppen-, Marionetten- oder Quisling-Regierung genannt) überschreitet die Befugnisse der Besatzungsmacht; eine solche Regierung ist nicht einmal als de-facto-Regierung anzusehen.« Friedrich Berber, Lehrbuch des Völkerrechts, Band II Kriegsrecht, 2. Auflage München 1969, C.H. Beck Verlag, S. 132 f.

4 Täglich ist zu erleben und zu beobachten, wie „Demokratie“ geschützt wird: Indem sie ausgehöhlt und faktisch abgeschafft wird. Ein Widerspruch in sich, ein schwarzer Schimmel. Das ist keineswegs eine moderne Erscheinung. Schon Platon wies darauf hin, daß Demokratie unweigerlich in Tyrannei mündet (in „Der Staat“). Demokratie ist seit langer Zeit bewährt für Machthaber, die nicht offen in Erscheinung treten wollen. Und ein Einfallstor für Unterwanderung und Übernahme unerwünschter Parteien und Vereine.

5 Spiegel-Autor Götz Aly berichtete, daß 95 % der Deutschen „den Nationalsozialismus nicht als System der Unfreiheit und des Terrors, sondern als Regime der sozialen Wärme, als eine Art Wohlfühl-Diktatur“ empfanden (Der Spiegel Nr. 10/2005, S. 56). Der Spiegel berichtete, daß noch im Jahr 1948 etwa 57 % der Deutschen meinten, der Nationalsozialismus sei eine gute Idee gewesen (Nr. 20/2003, S. 47).

(Stößt wegen ihres konfusen Inhalts viele Interessierte vom Thema Deutsches Reich ab) und führt zu der Gefahr, daß die betreffende Person für nicht bei Trost und somit für nicht geschäftsfähig gehalten wird (Etl-iche Betreuungsverfahren wurden bereits eingeleitet). Das Versprechen ihrer Verfechter, durch die „Personenstandserklärung“ von BRD-Forderungen, wie Steuern, befreit zu werden, wird regelmäßig enttäuscht.

Die Gegner des Deutschen Reichs haben Wahrheit und Recht nicht auf ihrer Seite, sie haben keine Argumente, sie sind auf Gewalt und Irreführung als Mittel angewiesen.

Nur wenn unsinnige, halb wahre oder nicht stichhaltige Ausführungen vorgebracht werden – wie zum Beispiel, daß die BRD rechtlich nicht „mehr“ existiere bzw. „untergegangen“ sei – haben die BRD-Behörden „Gegenargumente“ vorzubringen. Eine solche Argumentationslage, die an der Sache vorbeigeht, wird daher absichtlich herbeigeführt.

Verschiedenste fragwürdige Erklärungen und Konstrukte – wie z.B. die sog. „Personenstandserklärung“ – werden von vermeintlichen „Experten“ verbreitet⁶ und dann von allzu Gutgläubigen⁷ vor BRD-Behörden vorgebracht. **Solche Ausführungen geben den BRD-Behörden Gelegenheit, von den unleugbaren Gründen des rechtlichen Fortbestehens des Deutschen Reichs sowie des mißlichen Status' der BRD abzulenken, sie zu ignorieren und die Reichsbewegung als Ganzes als „nicht fundiert“, „abstrus“ und „unseriös“ hinzustellen.**⁸ Womit der Zweck solcher Konstrukte erfüllt ist.

Themen wie die folgenden lenken vom Ursprung des Problems und somit von der Lösung ab:

„Weggefallener Geltungsbereich“ des Grundgesetzes, Bundesbereinigungsgesetz, „BRD = GmbH“⁹, „alles Firmen“, fehlende Unterschrift auf Urteilen und Bescheiden, Grundgesetzwidrigkeit des Bundeswahlgesetzes, Nichtregierungsorganisation (NGO), „nur Geltung von Handelsrecht“ und vieles mehr.

Natürlich fällt auf, daß seit langem – begonnen mit der Währungsbank – Schritt für Schritt alles und jedes privatisiert und zum Handelsobjekt gemacht wird. Und es ist zwar wichtig, die Privatisierung von staatlichen und gemeindlichen Belangen energisch anzuprangern. Und natürlich fallen seit Einrichtung der BRD Ungereimtheiten in der „Gesetzeslage“ auf. Sie jedoch nur auf die einzelnen Erscheinungen bzw. Symptome zu konzentrieren, lenkt von dem wesentlichen Kern ab, der sich in der Entstehungsgeschichte der BRD findet (vgl. die Rede² von Prof. jur. Carlo Schmid: Maßnahmen einer Fremdherrschaft sind für das betreffende Volk rechtlich nicht bindend).

Die Forderung nach einem **Friedensvertrag** ist derzeit verfehlt. Unter den derzeitigen Gegebenheiten wäre ein Friedensvertrag eine Farce. Erst müssen die tatsächlichen und rechtlichen Voraussetzungen für einen wirksamen Friedensvertrag geschaffen sein, was auf den Ursprung des Problems verweist.

Das Bestreben nach einer **Verfassung** ist an sich richtig, aber man sollte nicht übersehen, daß erst die tatsächlichen und rechtlichen Voraussetzungen für die Verabschiedung einer wirksamen Verfassung vorliegen müssen, wodurch wiederum auf den Ursprung des Problems verwiesen ist.

Die Idee einer pauschalen Festlegung auf eine **gemeinsame Außenpolitik der europäischen Nationen** bedeutet eine nicht nur unnötige, sondern auch voreilige, unververtretbare und unzumutbare Einschränkung der Handlungsfreiheit Deutschlands. Die künftige Bündnispolitik Deutschlands ist danach auszurichten, welche Nationen – nicht nur in Europa – sich tatsächlich die erforderliche Souveränität (Unabhängigkeit) schaffen und inwieweit deren jeweilige Absichten und Interessen mit denen des Deutschen Volkes vereinbar sind.

Wer erklärt, ein Angehöriger des Deutschen Reichs zu sein, und Reichsausweise bei sich führt, sollte dennoch vorerst nicht völlig auf BRD-Ausweise verzichten. Ohne sie kann in der Regel kein Auto angemeldet, kein notarieller Vertrag abgeschlossen, keine Arbeitslosenhilfe beantragt werden (wem sollte das Geld zustehen, wenn nicht den Deutschen), kein Einschreiben bei der Post abgeholt werden (und vieles mehr). Es hat wenig Sinn, die Handlungsfähigkeit unnötig noch weiter einzuschränken, als sie es ohnehin für einen Deutschen bereits ist. Der angemessene Standpunkt wäre folgender: Der Besitz von BRD-Ausweisen erfolgt vorübergehend und gezwungenermaßen aus Gründen der

⁶ z.B. Interpretationen, was es bedeute, daß im BRD-Personalausweis der Nachname in Großbuchstaben geschrieben ist (Was auch immer tatsächlich dahinter stecken mag. Es ist als staatsrechtliche oder politische Argumentation nicht tauglich. Es geht ins Leere)

⁷ **Wenn etwas unverständlich ist, muß es deswegen nicht „juristisch“ und richtig sein. Es kann auch daran liegen, daß es Unsinn ist**

⁸ Vergleiche zum Beispiel: LKV, Zeitschrift für Landes- und Kommunalverwaltung, 12/2012, Seite 529 ff

⁹ Daß die BRD eine GmbH sei, wird von der „Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur GmbH“ abgeleitet. Dies ist so nicht zutreffend. Die Finanzagentur GmbH wickelt als Bundesunternehmen die Schuldenaufnahme für die BRD, die Gesellschafterin ist, ab. Faktisch allerdings wird die BRD im Zuge der globalen Privatisierung aller Nationalstaaten mehr und mehr als privates Unternehmen erkennbar.

gegenwärtigen faktischen Erforderlichkeit (Grenzübergang, Kfz-Nutzung u.ä.) jedoch ohne Anerkennung einer Rechtspflicht. (Vorsorglich: Das gilt nicht für die Einsetzung eines „Chips“ in den Körper. Ein „Chip“ im Körper sollte unbedingt und unter allen Umständen vermieden werden.)

Viele suchen einen leichten Weg - oder nur ihren eigenen Vorteil - und folgen Konzepten, die mit **„Risikolosigkeit“** werben. Soweit Versprechungen gemacht werden, problemlos eine Befreiung von BRD-Forderungen, wie Steuern, zu bewirken, so haben bereits sehr viele schmerzlich feststellen müssen, daß die BRD auch angesichts dieser Konzepte - z.B. Berufung auf Vorschriften der Alliierten, auf UNO-Resolution oder sog. „Personenstandserklärung“ - keineswegs gewillt ist, auf Beitreibung von Steuern (sofern Einkommen vorhanden), Kosten oder Bußgeldern zu verzichten. Solche Erfahrungen machen immerhin deutlich: Die Freiheit bekommt man nicht geschenkt – nicht ohne Risiko.

Das Verwenden des Wortes „Nazi“ im Sinne von **„NaZionist“** ist überflüssig und führt zu irreführenden Verwechslungen, etwa in dem Sinne, „Nazis“ würden gegenwärtig die Herrschaft ausüben bzw. seien die Urheber der gegenwärtigen Misere.

Es spricht nichts dagegen, sich mit dem Thema Flugscheiben zu befassen. Es gibt jedoch keinen sachlich gerechtfertigten Grund, zu Untätigkeit und „Abwarten“ aufzurufen, weil man ohnehin eine **Befreiung durch UFOs** erwarte.

Viele **warten auf den allgemeinen Finanzzusammenbruch** und hegen den Wunschgedanken, dadurch würde quasi von alleine alles gut werden. Wer solche Illusion verbreitet, macht sich verdächtig, darüber hinwegtäuschen zu wollen, daß in dem „Zusammenbruch“ dieselbe „Ordnung“ wie die jetzige fortzufahren sich bereit macht – nur mit ausgetauschten Gesichtern und anderen Bezeichnungen (Sie würde zur Not – als letzten Trick – auch versuchen, ein Schein-„Deutsches Reich“ unter ihrer Regie zu simulieren).

Auch wer stets betont, **man könne nichts ändern**, es habe „keinen Sinn“, man solle „schlau“ sein, macht sich verdächtig. **Infiltrierte Leute** sind beauftragt, Hoffnungslosigkeit zu verbreiten, zu intrigieren und zu spalten, kurz: wirksamen Widerstand zu verhindern. Manche rufen zu **Chaos und Zerstörung** auf. Manche versuchen zu Gewalt anzustiften und den Mythos des **angeblichen „Rechtsterrorismus“** zu nähren.

Nicht selten stößt man auf **mangelnde Klarsicht** oder **fragwürdige Beweggründe**. Es entlarvt sich selbst, wer Vermutungen austreut, ich würde in Wirklichkeit für den „Verfassungsschutz“ arbeiten, sei gar nicht im Gefängnis gewesen oder Horst Mahler (verurteilt zu über 10 Jahren Haft wegen „Holocaustleugnung“ und „antisemitischer“ Äußerungen) sei nicht im Gefängnis, sondern auf „Mallorca“. Ebenso wer versucht, mich und meinen Vortrag auf der 8. Anti-Zensur-Konferenz in zweifelhaftes Licht zu rücken mit Behauptungen wie, Ivo Sasek sei mit Scientology verbunden, oder, ich sei „beauftragt“ ihm zu „schaden“.

Insgesamt ist festzustellen, daß eine Irreführung und Verzettelung größten Ausmaßes im Gange ist, durch die die teilweise aufgewachten Deutschen und ihr Engagement in die politische Wirkungslosigkeit abgezogen werden.

Erfundenes wird mit einem Teil Wahrheit vermischt. „Lösungen“ werden verkündet, die zum Gegenteil des Erhofften führen. Und immer wieder tauchen neue, noch unsinnigere bzw. heimtückischere Verkündungen auf (wie z.B. „Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB) Angebot Handelsvertrag“, UNO-„Immunitätsnachweis“ oder „frei“ durch „One People’s Public Trust“).

Der Weg, der wirklich zu Freiheit, Souveränität und Rettung des Deutschen Volkes (und der anderen Völker) führt, wird – eben deswegen – von seinen Gegnern laufend mit Verleumdungen, Verboten und Anfeindungen übersät und vermint. Dieser Weg wird daher noch von vielen verkannt und gemieden.

Doch den sinnvollen Weg zu meiden, führt zu nichts oder in den Unsinn, jedenfalls nicht zu Freiheit und Souveränität.

Nur eine sachlich und rechtlich haltbare, nachvollziehbare und überzeugende Argumentation – und ein konsequentes persönliches Einstehen dafür – kann die Mehrheit der Deutschen gewinnen. Dann ist alles möglich.

Für die Töchter, für die Söhne, für das Wahre, Gute, Schöne



März 2013

**Sylvia Stolz, als Rechtsanwältin wegen „Holocaustleugnung“ aus der Rechtsanwaltschaft der BRD ausgeschlossen, ↑
Pfarrer-Grabmeier-Allee 10, D-85560 Ebersberg, Tel: 08092-24418, sylvia.stolz@aol.com**